

Nordkoreanische Holzfäller in Russisch Fernost

Ein dunkles Kapitel der Zusammenarbeit zwischen Moskau und Pjöngjang

Zusammenfassung

Am 2. Juni 1967 unterzeichneten die Sowjetunion und Nordkorea erstmalig ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Bereich der Forstwirtschaft. Danach räumte die UdSSR Pjöngjang die Konzession zum Holzeinschlag im russischen Fernen Osten ein. Beschäftigt werden dabei nordkoreanische Arbeitskräfte, Moskau erhält als Bezahlung einen Teil des Holzes. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR wurde deutlich, daß den Nordkoreanern faktisch exterritoriale Rechte eingeräumt worden waren. Sie unterhielten eine eigene Gerichtsbarkeit und eigene Gefangenenlager, die Arbeitsbedingungen waren zum Teil unmenschlich. Trotzdem verlängerte Moskau am 24. Februar 1995 diese Zusammenarbeit mit Nordkorea: unter verbesserten ökonomischen Bedingungen für Moskau und mit Einschränkung der exterritorialen Rechte für Nordkorea. Rußland benötigt das Holz für die eigene wirtschaftliche Entwicklung, und im Fernen Osten fehlt es an eigenen Arbeitskräften für diese Aufgabe.

Die russisch-nordkoreanischen Beziehungen hatten nach der 1990 erfolgten diplomatischen Anerkennung Südkoreas durch die UdSSR, durch die Einstellung der Wirtschafts- und Militärhilfe und durch die wachsende Entfremdung eines demokratischen und marktwirtschaftlichen Werte betonenden neuen Rußlands 1992 einen Tiefpunkt erreicht. Eine der Kontroversen entwickelte sich dabei über die Verlängerung des am 31. Dezember 1993 auslaufenden Abkommens über die Zusammenarbeit im Bereich der Forstwirtschaft. Auseinandersetzungen gab es dabei sowohl um die Interpretation des "gegenseitigen Nutzens", d.h. um die ökonomische Gestaltung dieser Zusammenarbeit, wie auch um die Realisierung des Abkommens selbst.

Nordkoreanische Holzfäller in der UdSSR

Die Zusammenarbeit begann am 2. Juni 1967 mit der Unterzeichnung eines Abkommens zwischen Moskau und Pjöngjang, in dem vereinbart wurde, daß nordkoreanische Arbeiter als Holzfäller im russischen Fernen Osten tätig werden. Das Besondere an diesem Abkommen war jedoch, daß die in diesem Bereich Tätigen nicht in russischen Unternehmen beschäftigt wurden, sondern Nordkorea eine Konzession zum Holzeinschlag eingeräumt wurde, die unter eigener Regie abgewickelt wurde.

Das Abkommen von 1967 ist, wie die Folgevereinbarungen auch, nie veröffentlicht worden. Die UdSSR hat jedoch mit anderen "Bruderländern" ähnliche Verträge abgeschlossen, so mit Kuba und Bulgarien.

Laut veröffentlichtem sowjetisch-bulgarischen Abkommen, das dem mit Nordkorea ähnelt,¹ war die sowjetische Seite verantwortlich für die Festlegung der Holzeinschlaggebiete, hatten Experten organisatorische und technische Unterstützung beim Bau der notwendigen Einrichtungen zu leisten. Vorhandene Wohneinrichtungen mußten den Nordkoreanern kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Die verantwortlichen Organisationen der beiden Seiten mußten die Lieferung aller notwendigen Versorgungs- und Arbeitsmaterialien aushandeln. Nordkorea stellte im Gegenzug die Arbeitskräfte, administratives, medizinisches und anderes Personal zur Verfügung. Die nordkoreanische Seite trug auch die Verantwortung für die sich aus Arbeitsunfällen ergebenden Folgen.

Als Bezahlung wurde der Sowjetunion ein bestimmter Teil des Holzes zur Verfügung gestellt. Genaue Angaben über den sowjetischen Anteil liegen nicht vor. Ginsburgs geht in seiner Analyse von einer 51:49 Aufteilung zu Gunsten der UdSSR aus.² Nicht genau bekannt ist auch die Zahl der von Nordkorea eingesetzten Arbeitskräfte. Es war von Zahlen zwischen 10.000 und 30.000 Menschen die Rede, die in 15 verschiedenen Camps tätig waren. Sie lebten in Enklaven, Möglichkeiten des Kontakts mit der örtlichen Bevölkerung gab es kaum.³ Unterschiedlich sind auch die Informationen darüber, ob es sich bei dem Einsatz um "Strafaktionen" oder um "Belohnung" handelte. Insbesondere für die letzten Jahre wird dabei davon ausgegangen, daß vor allem Parteimitglieder entsandt worden sind. Die Bedingungen waren zwar schlecht, aber die Lebensumstände in Nordkorea wurden als so hart empfunden, daß der Auslandseinsatz als Ausweg gesehen wurde.

Sklavenarbeit in Russisch Fernost?

Der Zerfall der Sowjetunion und die Öffnung des russischen Fernen Ostens warfen auch ein genaueres Licht auf diese Form der sozialistischen Wirtschaftskooperation und führte zu heftiger Kritik, ja, zum Teil sogar zu der Forderung nach Vertragsauflösung. Im Zentrum der Kritik standen dabei folgende Punkte.

- Die Arbeitsbedingungen für die eingesetzten Koreaner waren katastrophal. So berichten geflohene Arbeiter, daß die Arbeitstage 16 Stunden oder länger waren, daß nicht genügend Nahrung zur Verfügung stand und viele wegen Hunger nicht arbeiten konnten.⁴ Von durchschnittlich 10 Toten im Monat ist in anderen Berichten die Rede.⁵
- Nachdem erste Informationen über die Situation in den Lagern bekannt wurden, reiste eine Delegation unter Leitung von Sergei Kowaljow und Wiktor Barannikow in den Fernen Osten. Aufgedeckt wurde dabei auch, daß 1967 dem nordkoreanischen Geheimdienst in einem Zusatzprotokoll das Recht eingeräumt worden war, auf sowjetischem Boden tätig zu werden.⁶ Eigene Sicherheitsorgane und selbst Gefangenenlager wurden etabliert, die Arbeiter waren den nordkoreanischen Gesetzen und der Willkür von Polizei und Geheimdienst unterworfen. 1994 hßuften sich Berichte, nach denen aus den Lagern entkommene Flßchtlinge vom Pßngjanger

¹ Siehe ausßhrlich George Ginsburgs: "Labor policy and foreign workers: The case of North Korean Gastarbeiter in the Soviet Union", in: ders. (Ed.): "Soviet administrative law: Theory and policy", Dordrecht 1989, S. 406ff.

² Ginsburgs 1989, S. 407 [s. Anm. 1].

³ Ginsburgs 1989, S. 409f. [s. Anm.].

⁴ Siehe z. B. "Former lumberjacks in Siberia describe work conditions", in: Yonhap news agency, 14.6.94, zit. n. SWB FE/2023 D/6, 16.6.94.

⁵ Siehe "Exodus from North Korea", in: Vantage Point, 17(April 1994)4, S. 22-26.

⁶ Ivan řomov: "Moskva i Pchen'jan podpisali ořerednoe soglařenie po lesorazrabotkam" [Moskau und Pßngjiang unterzeichnen Folgeabkommen Ÿber Holzeinschlag], in: Segodnja, 17.3.1995, S.3.

Sicherheitsdienst durch ganz Rußland gejagt wurden, um sie dann gewaltsam nach Nordkorea zurŸckzuschicken, wo harte Strafen auf sie warteten.⁷

Nicht zuletzt gab es Kritik an der ökonomischen Gestaltung dieser Form der Zusammenarbeit, die zum Nachteil Rußlands gewesen sei. Insbesondere die betroffenen Regionen kritisieren verheerende ökologische Folgen des Holzeinschlages, Wiederaufforstung fand, obwohl vertraglich vorgeschrieben, nicht oder nur in sehr geringem Ausmaß statt. Darüber hinaus wurde den Koreanern vorgeworfen, daß sie wilderten und keinerlei Rücksicht auf die russischen Gesetze nahmen.⁸ Andererseits wurde die Reduzierung des nordkoreanischen Anteils am geschlagenen Holz verlangt.

Flucht aus den Lagern

Komplizierter wurde die Kooperation nach 1992 auch durch die Tatsache, daß eine unbekannte Zahl nordkoreanischer Holzfäller die veränderte gesellschaftliche Lage in Rußland nutzte, um aus den Lagern zu fliehen und einen Weg zur Aufnahme durch Südkorea zu suchen. Nordkorea reagierte empört darauf, daß sich Rußland bereit erklärte, den aus den Lagern Entflohenen politisches Asyl zu gewähren bzw. ihnen die Ausreise nach Südkorea zu genehmigen. Darüberhinaus tat die nordkoreanische Führung Berichte über Flüchtlinge als Lüge ab. Es sei unvorstellbar, so hieß es, daß die Arbeiter ihrem geliebten Heimatland den Rücken zukehrten und in Südkorea um Asyl nachfragten.⁹ Die Wahrheit sei, daß es sich um Entführungversuche handele.¹⁰

Auch Südkorea war über die Situation nicht begeistert. Die Lage der Holzarbeiter wurde zwar zu propagandistischen Zwecken genutzt, Seoul war aber anfänglich nicht bereit, die Flüchtlinge aufzunehmen. Es fürchtete eine Belastung der Beziehungen zu Pjöngjang und vor allem, daß so eine Flüchtlingsschwelle aus dem Norden in Gang gesetzt würde.¹¹

Langwierige Vertragsverhandlungen

Trotz dieser Probleme war die russische Seite an der Fortsetzung der Zusammenarbeit interessiert. Der Zeitpunkt für eine mögliche Vertragsverlängerung verstrich ebenso wie das Ende des noch gültigen Vertrages (31.12.1993), ohne daß sich die beiden Seiten auf ein neues Abkommen hätten einigen können. Eingestellt wurden die Arbeiten jedoch nicht, sondern der alte Vertrag wurde stillschweigend bis zu einer neuen Übereinkunft verlängert, auch wenn der Arbeitsumfang reduziert wurde. Ein großer Teil der Arbeiter soll Anfang 1994 nach Nordkorea zurückgerufen worden sein.¹² Die Vertragsverhandlungen zogen sich lange hin. Und obwohl schon im Juni 1994 eine weitgehende Übereinkunft über die ökonomischen Fragen erzielt worden war, sollte es erst am 24. Februar 1995 zur Unterzeichnung eines neuen, bis 1998 gültigen Vertrages kommen.¹³

⁷ Aleksandr Platkovskij: "Specslužby KNDR ochotjatsja za beglymi lesorubami" [Sonderdienst der KVDR jagt flüchtige Holzfäller], in: Izvestija, 4.3.1994, S. 2.

⁸ Valerij Golovin: "Rubili korejcy les v Rossii ..." [So fällen Koreaner in Rußland Holz ...], in: Rossijskie vesti, No. 193, 6.10.1993, Delo, S. II.

⁹ KCNA news agency, 28.2.1994, zit. n. SWB FE/1934 D/2-3, 1.3.1994.

¹⁰ "Lumberjacks interviewed on being 'kidnapped' by South", in: KCNA news agency, 21.6.1994, zit. n. SWB FE/2029 D/3-4, 23.6.1994.

¹¹ Siehe z. B. "Seoul išťt geflohene nordkoreanische Holzfäller nicht ins Land", in: Yonhap news agency, 9.4.1994, zit. n. DW Monitor-Dienst Asien, 11.4.1994, S.2. Genaue Zahlen sind nicht bekannt, es ist von 150 bis 200 die Rede.

¹² "Nordkorea hat große Anzahl von Holzfällern heimgeholt", in: Yonhap news agency, 10.5.94, zit. n. DW Monitor-Dienst Asien, 13.5.1994, S. 5. Danach wurde die Zahl der Arbeiter von 20.000 auf 7.000 bis 8.000 reduziert.

¹³ Zu den Vertragsinhalten siehe die ausföhrliche Analyse bei Šomov 1995 [s. Anm.]. Vgl. auch Aleksandr Čudodeev: "Import lesorubov iz KNDR budet prodolžen" [Import von Holzfällern aus der KDVR wird fortgesetzt], in: Segodnja, 27.5.1994, S. 4. Die folgenden Einzelheiten aus dem neuen Abkommen stützen sich, wenn nicht anders vermerkt, auf diese Quellen.

Auf der ökonomischen Seite konnte Rußland dabei seine Position erheblich verbessern. Einerseits wurde der Rußland zustehende Anteil des Holzes erhöht, je nach Region zwischen 58% und 61,5% gegenüber den 51% der früheren Abkommen.¹⁴ Uneinigkeit bestand bis zuletzt über die neue Regelung, nach der nicht mehr Rußland, sondern Nordkorea den Transport des "nordkoreanischen Holzes" bis zur russischen Grenze bezahlen muß. Umstritten waren außerdem ökologische Fragen. Auch hier scheint sich Moskau durchgesetzt zu haben, denn im neuen Abkommen sind Fragen der Jagd, des Fischfangs und des Vogelschutzes geregelt. Zudem wird betont, daß die koreanische Seite ihren Aufforstungsverpflichtungen nachkommen müsse.

Auf stärksten Widerstand stieß in Pjöngjang die russische Kritik an Menschenrechtsverletzungen, die Forderungen nach Veränderung des rechtlichen Status der eingesetzten Arbeitskräfte und die Aberkennung exterritorialer Rechte. In einer Sendung des russischen Fernsehens hieß es dazu:

Die Gespräche verliefen unter großen Schwierigkeiten, weil unsere früheren Waffenbrüder im Kampf für den Sozialismus immer wieder Wirtschaft durch Politik ersetzten. Sie riefen die russische Delegation auf, sich an die große Freundschaft zu erinnern und klagten sie wegen Zusammenarbeit mit den amerikanischen Imperialisten an, die etwas erfunden hätten, was sie Menschenrechte nannten.¹⁵

Laut vorliegenden Berichten scheint Moskau hier jedoch von seinen harten Forderungen abgegangen zu sein. Wurde am im Mai vorliegenden Vertragsentwurf das Fehlen jeglicher Aussagen über die politischen Fragen kritisiert,¹⁶ so ist in einer Analyse des endgültigen Vertragsentwurfes von "zweideutigen Formulierungen"¹⁷ die Rede. Einerseits räume es den nordkoreanischen Arbeitskräften die gleichen Rechte wie russischen Bürgern ein - Rechtsschutz, Mindestlohn und Streikrecht inklusive. Gleichzeitig verbleibe aber die Festlegung der Arbeitsverdienste allein in der Verantwortung der nordkoreanischen Seite. Auch sei die Frage der Behandlung von Flüchtlingen ungeklärt geblieben.

Sieg der Wirtschaftsinteressen

Daß es trotz dieser Widersprüche zu einem Abkommen kam, ist aus den wirtschaftlichen Interessen der beiden Seiten zu erklären. Während das Holz aus Rußland, das zum großen Teil ins Ausland weiter exportiert wird, für Pjöngjang eine wichtige Devisenquelle darstellt, benötigt Rußland das Holz als Input für seine Industrieproduktion. Es hofft auf Einkünfte von jährlich 56 Mio. US-Dollar und die Versorgung einer Holzverarbeitungsanlage in der Amur-Region. Gleichzeitig leidet der russische Ferne Osten aber unter extremem Arbeitskräftemangel und, so analysierte eine kritische russische Fernsehsendung, es gibt nichts, was die billigen, "fast sklavenartige nordkoreanische Arbeitsarmee ersetzen könnte"¹⁸.

Durch das neue Abkommen ist die Zusammenarbeit zwischen Rußland und Nordkorea und auch die Arbeitstätigkeit der nordkoreanischen Arbeitskräfte auf eine neue rechtliche Grundlage gestellt worden. Zur Klärung der Frage, ob sich die reale Situation grundlegend geändert hat, bedarf es einer weitergehenden Untersuchung. Zweifel sind jedoch angesichts der Entwicklungen in beiden Ländern und des Bemühens Moskaus, die Beziehungen zu Pjöngjang zu verbessern, angebracht.

Klaus Fritsche

¹⁴ Ginsburgs 1989, S. 407 [s. Anm.].

¹⁵ Russia TV, 12.1.1994, zit. n. SWB FE/1900 D/2, 20.1.1994

¹⁶ Čudodeev 1994 [s. Anm. 13].

¹⁷ Šomov 1995 [s. Anm. 6].

¹⁸ Russia TV, 12.1.1994, zit. n. SWB FE/1900 D/2, 20.1.1994

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1996 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.

Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0945-4071